

Bundestagswahl am 26.09.2021

Vergleich der Wahlprogramme von CDU, SPD, AfD, FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die GRÜNEN hinsichtlich der Forderungen der Berliner Erklärung zur Bundestagswahl 2021
(Stand: 20.08.2021)



Link Partei-programm	Link zum Wahlprogramm CDU	Link zum Wahlprogramm SPD	Link zum Wahlprogramm AfD	Link zum Wahlprogramm FDP	Link zum Wahlprogramm DIE LINKE	Link zum Wahlprogramm Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
<p>Zusammenfassung</p>	<p>Mitglieder CDU: 405.816 Mitglieder CSU: 139.130</p> <p>Gründung der Schwesterparteien 1945</p> <p>Durchschnittsalter: 60-61 Jahre</p> <p>Frauenanteil CDU: 26,3 % Frauenanteil CSU: 20,7 %</p> <p>Sitze im Bundestag: 245 von 709</p> <p>Frauen werden insbesondere im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erwähnt.</p> <hr/> <p>Das Wort „Frauen“ wird insgesamt 27-mal im Wahlprogramm erwähnt.</p>	<p>Mitglieder: 419.340</p> <p>Gründung 1863</p> <p>Durchschnittsalter: 60 Jahre</p> <p>Frauenanteil: 32,6 %</p> <p>Sitze im Bundestag: 152 von 709</p> <p>Die SPD sieht Gleichstellung als Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche durchziehen muss. Die SPD setzt sich für eine Ausweitung der Aufsichtsratsquote mit Sanktionen ein. Equal Pay, geschlechtergerechte Haushaltssteuerung und weitere umfassende gleichstellungspolitische Forderungen.</p> <hr/> <p>Das Wort „Frauen“ wird insgesamt 26-mal im Wahlprogramm erwähnt.</p>	<p>Mitglieder: 34.751</p> <p>Gründung 2013</p> <p>Durchschnittsalter: 51 Jahre</p> <p>Frauenanteil: 17,1 %</p> <p>Sitze im Bundestag: 87 von 709</p> <p>Die AfD lehnt Quoten ab und betrachtet die Frauenquote als Diskriminierung. Gleichstellung wird als Gleichmacherei verstanden. Nur wenige Themen der Berliner Erklärung sind im Wahlprogramm der AfD genannt. Sie geben eine komplett gegenläufige Auffassung entsprechender Inhalte wieder.</p> <hr/> <p>Das Wort „Frauen“ wird insgesamt 12-mal im Wahlprogramm erwähnt.</p>	<p>Mitglieder: 65.479</p> <p>Gründung 1948</p> <p>Durchschnittsalter: 51 Jahre</p> <p>Frauenanteil: 23,7 %</p> <p>Sitze im Bundestag: 80 von 709</p> <p>Die FDP plädiert für Vielfalt und Diversität. Diese wollen sie durch eine (freiwillige) Selbstverpflichtung und durch Diversity-Management statt durch eine Quotenregelung erreichen. Sie vertritt einen liberalen Feminismus.</p> <hr/> <p>Das Wort „Frauen“ wird insgesamt 29-mal im Wahlprogramm erwähnt.</p>	<p>Mitglieder: 60.862</p> <p>Gründung 2007</p> <p>Durchschnittsalter: 55 Jahre</p> <p>Frauenanteil: 36,4 %</p> <p>Sitze im Bundestag: 69 von 709</p> <p>Die LINKE fordert eine 50%ige Frauenquote in Führungspositionen in allen Bereichen. Entgelttransparenz und gleiche Bezahlung sowie Gender-Budgeting sind zentrale Bestandteile des umfassenden gleichstellungspolitischen Programms.</p> <hr/> <p>Das Wort „Frauen“ wird insgesamt 76-mal im Wahlprogramm erwähnt.</p>	<p>Mitglieder: 96.487</p> <p>Gründung 1980</p> <p>Durchschnittsalter: 48 Jahre</p> <p>Frauenanteil: 40,5 %</p> <p>Sitze im Bundestag: 67 von 709</p> <p>Frauen werden in allen politischen Handlungsfeldern ausführlich berücksichtigt. Konkrete Quotenforderungen in den Bereichen Privatwirtschaft, Medien, Medizin, Wissenschaft usw. sollen zum Ziel 50 % Frauen führen. Starker Schwerpunkt auf Diversity. Gender-Budgeting und umfassende gleichstellungspolitische Forderungen.</p> <hr/> <p>Das Wort „Frauen“ wird insgesamt 81-mal im Wahlprogramm erwähnt.</p>

	CDU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
---	------------	------------	------------	------------	------------------	-------------------------------

Parität in allen gesellschaftlichen Bereichen

<p>Privatwirtschaft</p>	<p>Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Chancengleichheit von Frauen und Männern war das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst. Wir wollen die Chancengleichheit weiter verbessern.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir werden uns für mehr Familienfreundlichkeit auch in Führungspositionen einsetzen. (Seite 79) 	<p>Erfolgreiches Wirtschaften braucht geschlechterparitätische und kulturell vielfältige Arbeitsteams. Das gilt selbstverständlich auch an den Unternehmensspitzen. Wir haben bisher eine Quote für Aufsichtsräte eingeführt und geregelt, dass in größeren Vorständen von börsennotierten und paritätisch mitbestimmten großen Unternehmen mindestens eine Frau vertreten sein muss.</p> <p>Wir wollen, dass an der Spitze von Unternehmen und in den Führungsebenen darunter genauso viele Frauen wie Männer vertreten sind. Dies werden wir auf alle börsennotierten oder mitbestimmten Unternehmen ausweiten und wirksame Sanktionen einführen für alle, die sich nicht daran halten. (Seite 42)</p>	<p>Leistung statt Quote - Freiheit statt Diskriminierung</p> <p>Die grundgesetzlich garantierte Gleichberechtigung von Mann und Frau hat mit der vom Parteienkartell propagierten Gleichstellung und Gleichmacherei nichts zu tun. Die AfD lehnt jede Art von Quoten ab. Sie sind leistungsfeindlich, ungerecht und stellen eine verfassungswidrige Diskriminierung derer dar, die nicht in den Genuss der Quote kommen. (Seite 19)</p> <p>Frauenquoten betrachten wir dementsprechend nicht als fortschrittlich. Sie stellen eine Form der Diskriminierung dar und verfestigen das Bild, dass ein erfülltes und anerkanntes Leben für Frauen nur durch eine berufliche Karriere erreicht werden könne. (Seite 113)</p> <p>Manche Juristen vertreten die falsche These, Artikel 3 GG erlaube es dem Staat,</p>	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr Vielfalt in Unternehmen sowie im öffentlichen Dienst und damit auch für mehr Frauen in Führungspositionen ein. Gleiches soll auch für politische Positionen gelten. Arbeitsmodelle wie geteilte Führung („Jobsharing“ und „Topsharing“) müssen selbstverständlich werden. Außerdem treten wir dafür ein, dass sich Arbeitgeberinnen und Arbeitgebener besser vergegenwärtigen müssen, bei gleichen Funktionen genauso viele weibliche wie männliche Angestellte für Weiterbildungen zu berücksichtigen. Transparenz der Maßnahmen für mehr Diversität und Talentmanagement in Gleichstellungsberichten erhöht den öffentlichen Druck hin zu einem Kulturwandel in Unternehmen, Wissenschaft und Verwaltung. Statt starrer Quoten setzen wir uns für Selbstverpflichtungen ein, in denen sich größere Unternehmen verpflichten, dass sich der Anteil von Frauen einer Unternehmensebene</p>	<p>Frauen stärken: Wir wollen eine 50-prozentige Frauenquote auf jeder Karrierestufe durchsetzen und das Professorinnen-Programm zu einem Programm für die Förderung von Frauen auf allen Karrierestufen weiterentwickeln. (Seite 51)</p> <p>In Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sind Frauen seltener in Führungspositionen vertreten. Das muss sich ändern. Deswegen fordern wir eine echte Frauenquote in Führungspositionen von 50 Prozent (im Gegensatz zur 30 Prozentquote der Großen Koalition). (Seite 99)</p>	<p>Deutschland ist vielfältig, seine Führungsetagen sind es (noch) nicht. Dabei führen diverse Teams Unternehmen erfolgreicher. Die Vielfalt der deutschen Gesellschaft muss sich deshalb auch dringend in den Führungs- und Entscheidungsgremien und der Wirtschaft abbilden. Obwohl Frauen mindestens gleich gut qualifiziert sind wie Männer, fehlen sie dort. Unser Ziel ist und bleibt: Die Hälfte der Macht den Frauen. Freiwillige Regelungen haben nichts gebracht. Deshalb brauchen wir Quoten, die wirklich die kritische Masse herstellen, um zu unserem Ziel von 50% Frauenanteil zu gelangen. So soll zukünftig verpflichtend mindestens ein Drittel der Vorstandssitze größerer und börsennotierter Unternehmen bei Neubesetzung an Frauen gehen. (...)</p> <p>Die Aufsichtsräte dieser Unternehmen sollen bei Neubesetzungen verpflichtend einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent anstreben. (Seite 32)</p>
--------------------------------	---	--	---	--	--	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit. Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	CDU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
---	------------	------------	------------	------------	------------------	-------------------------------

			<p>einzelne Menschen „stellvertretend“ für ihr jeweiliges Geschlecht zu bevorzugen oder zu benachteiligen, um die als Kollektive vorgestellten Geschlechter „gleichzustellen“. Jedoch kann es in einem freiheitlichen Rechtsstaat niemals legitimes Ziel staatlichen Handelns sein, in willkürlich abgegrenzten gesellschaftlichen Teilbereichen eine ebenso willkürlich festgesetzte Geschlechterquote“ zu erzwingen. Genauso wenig kann eine gesetzlich vorgeschriebene Ungleichbehandlung ein Mittel zur Verwirklichung von Gleichberechtigung sein. Gesetze, die solches vorschreiben, sind verfassungswidrig und abzulehnen. Die AfD wird sich im Deutschen Bundestag für ihre Aufhebung einsetzen. (Seite 23)</p>	<p>in der Führung der jeweiligen Ebene widerspiegelt. Für die Vorstandsebene sollten sich Unternehmen ebenfalls zu einer Verbesserung des Frauenanteils verpflichten. (Seiten 32 – 33)</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen in der Arbeitswelt ein ganzheitliches Diversity Management (Management der Vielfalt) als Teil der ökonomischen Modernisierung und als sinnvolle Alternative zu Quoten voranbringen. So schaffen wir gleiche Chancen für Aufstieg durch Leistung – unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft, Behinderung, sexueller Orientierung oder Religion. Gerade der Mittelstand soll bei der Entwicklung von Konzepten unterstützt werden. (Seite 33)</p>		
<p>Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes, wesentliche Gremien des Bundes und</p>	<p>• Eine leistungsfähige und moderne Verwaltung braucht unterschiedliche Perspektiven. Wir setzen uns dafür ein, im öffentlichen Dienst bis 2025 gemäß der gerade beschlossenen Reform eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Leitungsfunktionen auf allen Ebenen zu</p>	<p>Keine Aussage zu Parität in Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes, in wesentlichen Gremien des Bundes und in der Bundesverwaltung.</p>	<p>Keine Aussage zu Parität in Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes, in wesentlichen Gremien des Bundes und in der Bundesverwaltung.</p>	<p>Im öffentlichen Dienst sind die Strukturen der Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragten in ein ganzheitliches Diversity Management einzubinden. (Seite 33)</p>	<p>Keine Aussage zu Parität in Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes, in wesentlichen Gremien des Bundes und in der Bundesverwaltung.</p>	<p>Unternehmen, die in der Hand des Bundes sind oder an denen der Bund beteiligt ist, Ministerien und Behörden sollen mit klaren Plänen für paritätische Betriebsstrukturen als gutes Beispiel vorangehen. Karriereförderung beginnt nicht erst an der Spitze. Wir setzen uns deshalb dafür ein,</p>

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.

Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	<p style="text-align: center;">CDU</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p>	<p style="text-align: center;">AfD</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p>	<p style="text-align: center;">DIE LINKE</p>	<p style="text-align: center;">BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>
---	---	---	---	---	---	--

<p>die Bundesverwaltung</p>	<p>verwirklichen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Vielfalt unserer Gesellschaft soll auch im öffentlichen Dienst sichtbar sein. Wir werden auch dafür sorgen, dass keine Frau und kein Mann wegen der Erziehung der Kinder oder der Pflege von Angehörigen benachteiligt wird. Im öffentlichen Dienst sind diese Zeiten besser als bisher bei Beförderungen und Bewerbungen als Qualifikation zu berücksichtigen. Damit wollen wir die Familienfreundlichkeit im Land verbessern. (Seite 102) 					<p>in Unternehmen und Organisationen Hürden für den Aufstieg von Frauen abzubauen. In Ministerien, Verwaltungen, AÖRs, kommunalen Verbänden und kommunalen Unternehmen werden perspektivisch ebenfalls 50% Frauen in Führungspositionen angestrebt. (Seite 32)</p> <p>Die Vielfalt der Gesellschaft muss sich auch in ihrer Verwaltung widerspiegeln. Das stärkt die staatlichen Institutionen und trägt zu Vertrauen und Bürger*innen-nähe bei. Eine diverse und diskriminierungskritische Verwaltung entsteht aber nicht von selbst, sondern benötigt Mittel, Strukturen und gezielte Förderung. Im Bereich des öffentlichen Dienstes und der Unternehmen mit Bundesbeteiligung hat der Staat die Möglichkeit, als gutes Beispiel in Sachen Vielfalt voranzugehen und ein Diversity-Mainstreaming in der gesamten Verwaltung einzuführen. Dazu gehört beispielsweise Mehrsprachigkeit in der Verwaltung zu fördern und bei der Einstellungs- und Beförderungspraxis nicht nur die</p>
------------------------------------	---	--	--	--	--	---

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	CDU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
---	------------	------------	------------	------------	------------------	-------------------------------

						Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch die gesellschaftliche Vielfalt zu beachten, diskriminierungskritische Organisationsentwicklungen in öffentlichen Behörden und Unternehmen durchzuführen und in den Unternehmensleitbildern das Ziel der Gleichberechtigung und der Repräsentanz diskriminierter Gruppen zu verankern, sowie diversitätssensible Weiterbildungen anzubieten. (Seite 85)
Kultur und Medien	Keine Aussage zu Parität in Kultur und Medien.	Wir werden die Vielfalt in den kulturellen Einrichtungen stärken. Wir werden die Geschlechtergerechtigkeit auch in Führungspositionen, Gremien und Jurys ausbauen. (Seite 46)	Keine Aussage zu Parität in Kultur und Medien.	Wir Freie Demokraten setzen uns für eine starke Kultur- und Kreativwirtschaft als wichtigen Wirtschaftszweig in Deutschland ein. Wir wollen Förderprogramme auch für kleinere Unternehmen und Solo-Selbstständige der Kultur- und Kreativwirtschaft öffnen. Förderanträge wollen wir vereinfachen. (Seite 55) Wir Freie Demokraten wollen zehn Prozent des jährlichen Budgets öffentlicher und öffentlich geförderter Kulturorganisationen in kulturelle Bildung investieren. Das kulturelle (Vermittlungs-	Die öffentliche Filmförderung braucht eine Geschlechterquotierung und die Einrichtung einer wirksamen unabhängigen Kontrolle außerhalb des Deutschen Werberats zur Unterbindung sexistischer Werbung. (Seite 101) Die Sender des öffentlichen Rundfunks müssen transparent sein. Die Rundfunkräte müssen demokratisiert und quotiert werden. In den Redaktionsstatuten wird eine hohe Mitbestimmung der Beschäftig-	Wir wollen, dass die Kulturlandschaft nach der Pandemie mit ihren monatelangen Schließungen zu neuer Lebendigkeit, Vielfalt und Reichhaltigkeit findet und Kultur und kulturelle Bildung endlich selbstverständlicher Teil der Daseinsvorsorge werden. Deswegen wollen wir Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern. (...) Die öffentliche Kulturförderung soll künftig partizipativ, inklusiv und geschlechtergerecht abgestimmt sowie nach transparenten Kriterien angelegt sein. (Seite 104)

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	CDU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
---	------------	------------	------------	------------	------------------	-------------------------------

				<p>) Angebot soll Menschen aller Altersgruppen und unabhängig von sozialer und kultureller Herkunft offenstehen. Erst kulturelle Bildung öffnet den Zugang zur Kultur für alle. (Seiten 55 – 56)</p>	<p>ten verankert. Zuschauer*innen müssen dafür Mitspracherechte haben. (Seite 140)</p>	<p>Bei der Besetzung von Intendanten, bei der Zusammensetzung von staatlich geförderten Kulturbetrieben, bei der Vergabe von Stipendien und Werksaufträgen und bei staatlichen Jurys wollen wir eine Quotenregelung einführen, um Geschlechtergerechtigkeit zu gewährleisten, sowie flache Hierarchien und partizipative Strukturen fördern. Zudem muss auf angemessene Repräsentanz der vielfältigen Gesellschaft geachtet werden. Themen wie Nachhaltigkeit, Diversität und inklusive Teilhabe müssen fester Bestandteil der Ausbildung zu Kulturberufen sein. Auch kulturelle Vielfalt sowie Transkulturalität, also die gegenseitige Durchdringung von Kulturen, wollen wir fördern. (Seite 105)</p> <p>Verbindliche Quoten sorgen dafür, dass Frauen im Film gleiche Chancen haben. (Seite 106)</p>
<p>Wissenschaft, Forschung und Medizin</p>	<p>• Wir unterstützen Kooperationen von Hochschulen mit kommunalen Einrichtungen bei der Kinderbetreuung, um mehr junge Menschen für eine wissenschaftliche</p>	<p>Frauen, Männer und Kinder haben besondere gesundheitliche Bedürfnisse, die bei ihrer Gesundheitsversorgung und der Prävention</p>	<p>Das Geschlecht wird durch die Geschlechtschromosomen bestimmt. Wir sehen es kritisch, dass „Geschlechtsumwandlungen“ zunehmend bagatellisiert</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen in der Wissenschaft für mehr Diversität sorgen, denn Forschung lebt</p>	<p>Frauen stärken: Wir wollen eine 50-prozentige Frauenquote auf jeder Karriere-stufe durchsetzen und das Professorinnen-Programm zu einem Programm für die</p>	<p>Wir wollen das Gesundheitssystem geschlechtergerecht machen. Geschlechtsspezifische Aspekte in Forschung und</p>

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	<p style="text-align: center;">CDU</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p>	<p style="text-align: center;">AfD</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p>	<p style="text-align: center;">DIE LINKE</p>	<p style="text-align: center;">BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>
---	---	---	---	---	---	--

	<p>Karriere zu gewinnen. Wir befürworten dabei flexible Öffnungszeiten am Abend und an den Wochenenden.</p> <ul style="list-style-type: none"> Wir setzen uns ein für familienfreundliche Anstellungsmodelle insbesondere in der Postdoc-Phase. (Seite 79) 	<p>berücksichtigt werden müssen. Doch die Gesundheitsforschung, Ausbildung und Versorgungspraxis orientieren sich zumeist an Daten von weißen, männlichen erwachsenen Probanden – das werden wir ändern. Wir werden darüber hinaus Programme in den Bereichen Prävention und Krankheitsfrüherkennung fördern, die die Besonderheiten verschiedener Altersgruppen und Geschlechter berücksichtigen. (Seite 17)</p>	<p>werden. Geschlechtsumwandlungen bei Kindern und Jugendlichen lehnen wir ab. Eine so schwerwiegende Entscheidung darf nur mit der Reife und Einsichtsfähigkeit des Erwachsenenalters getroffen werden. (Seite 115)</p>	<p>auch vom Perspektivwechsel. (...) Leider ist der Anteil von Frauen insbesondere in Führungspositionen und vor allem in MINT-Fächern nach wie vor deutlich zu gering. Wir möchten bessere Rahmenbedingungen an Hochschulen für Wissenschaftskarrieren schaffen. Dabei ist uns auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentrales Anliegen – zum Beispiel durch eine bessere Kinderbetreuung an Hochschulen und die Möglichkeit für Väter und Mütter, ihre Lehrverpflichtungen beziehungsweise Forschungszeiten selbstbestimmter festzulegen. Des Weiteren setzen wir uns für eine Untersuchung zur Situation von Frauen in der deutschen Wissenschaft ein – nach dem Vorbild des MIT (Massachusetts-Institut für Technologie) Ende der 1990er Jahre. (Seite 22)</p>	<p>Förderung von Frauen auf allen Karrierestufen weiterentwickeln. (Seite 51)</p> <p>In Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sind Frauen seltener in Führungspositionen vertreten. Das muss sich ändern. Deswegen fordern wir eine echte Frauenquote in Führungspositionen von 50 Prozent (im Gegensatz zur 30 Prozentquote der Großen Koalition). (Seite 99)</p> <p>Legalen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen. Paragraphen §§ 218-219b Strafgesetzbuch (StGB) wollen wir streichen. Öffentliche Krankenhäuser müssen in ihrer Planung dafür zu sorgen, dass die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen gesichert ist. Schwangerschaftsabbrüche sind Teil der Gesundheitsversorgung und müssen wie andere medizinische Leistungen geregelt werden. (Seite 104)</p>	<p>Ausbildung und in der medizinischen Praxis werden nicht ausreichend berücksichtigt, etwa bei der Medikamentenforschung. Das gefährdet die Gesundheit von Frauen wie auch von Trans*- und Inter*-Menschen. Die Forschung zu geschlechtsspezifischer Medizin und Pflege sowie Frauengesundheit muss sichergestellt und in der medizinischen und pflegerischen Praxis umgesetzt und in der Ausbildung verankert werden. Damit einhergehend muss gezielter in die Forschung und Weiterentwicklung von Verhütungsmitteln für alle Geschlechter investiert werden. Mit Hilfe einer paritätischen Frauenquote für Führungspositionen im Gesundheitswesen und besseren Arbeitsbedingungen holen wir mehr Frauen in die Führungsgremien unseres Gesundheitswesens. (Seite 61)</p> <p>Nur ein Viertel aller Professuren in Deutschland sind durch Frauen besetzt. Hinzu kommt, dass viele junge Wissenschaftlerinnen nur in befristeten Arbeitsverhältnissen sind. Dies sind strukturelle Hindernisse, die es</p>
--	---	---	--	---	--	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	CDU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
---	------------	------------	------------	------------	------------------	-------------------------------

						<p>abzubauen gilt. Wir wollen einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent auf allen Ebenen durch die Einführung konkreter Zielquoten, eine Strategie für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Wissenschaftsbereich, die Einführung eines verbindlichen Kaskadenmodells sowie den Ausbau des Professorinnenprogramms erreichen. In allen Beschäftigungsverhältnissen wollen wir flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen, die es erlauben Care- und Familienarbeit zu leisten. Eine größere Diversität in der Wissenschaft hilft auch, geschlechterspezifische Datenlücken zu verringern und neue Perspektiven einzubringen. (Seite 80)</p>
Politik und Parlamente	Keine Aussage zu Parität in Politik und Parlamenten.	(...) Für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist der Respekt vor der Verschiedenheit der Menschen und ihrer Lebensentwürfe eine der wichtigsten Grundlagen. Frauen und Männer, Junge und Ältere, Arbeiter*innen und Akademiker*innen, Menschen mit eigener oder familiär erlebter Migrationsbiografie bereichern unsere Gesellschaft. Diese Vielfalt	Keine Aussage zu Parität in Politik und Parlamenten.	Keine Aussage zu Parität in Politik und Parlamenten.	Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen genauso an politischen Entscheidungen mitwirken können wie Männer und in der sich das Leben nicht nur um die Lohnarbeit dreht. (Seite 98) In Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sind Frauen seltener in Führungspositionen vertreten.	Unsere repräsentative Demokratie muss diverser werden, unsere Parlamente brauchen die Vielfalt der Herkunft und Lebenswege, die Debatten brauchen die Perspektiven, die daraus entstehen. Wir werden Hürden abbauen damit auch queere Menschen, Nicht-Akademiker*innen, Menschen mit Behinderung und

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	<p style="text-align: center;">CDU</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p>	<p style="text-align: center;">AfD</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p>	<p style="text-align: center;">DIE LINKE</p>	<p style="text-align: center;">BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>
---	---	---	---	---	---	--

		<p>ist ein unschätzbare Gewinn, und wir werden dafür sorgen, dass sie sich in allen Bereichen unserer Gesellschaft, in unseren Parlamenten und in den Formaten der Beteiligung angemessen widerspiegelt. (Seite 3)</p> <p>Gleichberechtigung ist auch eine Frage der politischen Repräsentation. Darum setzen wir uns für Paritätsgesetze für den Bundestag, die Länder und Kommunen ein, damit Frauen und Männer in gleichem Maße an politischen Entscheidungen beteiligt sind. (Seite 42)</p>			<p>Das muss sich ändern. Deswegen fordern wir eine echte Frauenquote in Führungspositionen von 50 Prozent (im Gegensatz zur 30 Prozentquote der Großen Koalition). (Seite 99)</p>	<p>Menschen mit Migrationsgeschichte gleichberechtigt und selbstverständlich vertreten sind. Macht fair teilen heißt auch, dass es dringend mehr Frauen in den Parlamenten und Kommunalvertretungen braucht, denn sie stellen 51% der Wahlberechtigten. Gleichberechtigung von Frauen ist ein historischer und verfassungsrechtlicher Auftrag für uns alle und soll sich bereits bei den Nominierungsverfahren niederschlagen. Dass Parität per Gesetz wirksam und angemessen ist, zeigen Beispiele aus dem europäischen Ausland. (Seite 90)</p>
--	--	---	--	--	---	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	CDU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
---	------------	------------	------------	------------	------------------	-------------------------------

Gleiche Bezahlung und Bedingungen in der Arbeitswelt

<p>Entgelttransparenz sowie gleiche und gleichwertige Bezahlung</p>	<p>Unser Ziel ist es, geschlechterspezifische Lohn- und Rentenlücken zu beseitigen. Wir gehen die Unterschiede in der Altersvorsorge von Männern und Frauen genauso an wie das nicht akzeptable Einkommensgefälle bei gleicher Arbeit. Wir werden die Wirkung des Entgelttransparenz-Gesetzes weiter evaluieren und es, falls nötig, überarbeiten. (Seite 79)</p>	<p>Wer den ganzen Tag arbeitet, muss von seiner Arbeit ohne zusätzliche Unterstützung leben können. Auch das ist eine Frage des Respekts. Wir werden den gesetzlichen Mindestlohn zunächst auf mindestens zwölf Euro erhöhen und die Spielräume der Mindestlohnkommission für künftige Erhöhungen ausweiten. (Seite 27)</p> <p>(...) Das Prinzip des gleichen Lohns für die gleiche und gleichwertige Arbeit muss selbstverständlich auch zwischen den Geschlechtern gelten. Wir werden ein Gesetz für gleiche Löhne für Frauen und Männer einführen. Es wird Unternehmen und Verwaltungen verpflichten, Löhne und Gehälter im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit zu überprüfen und Verfahren festlegen, mit denen festgestellte Ungleichheit bei der Entlohnung beseitigt wird, ohne dass sich Betroffene selbst darum kümmern müssen. (Seite 42)</p>	<p>Keine Aussage zu Entgelttransparenz sowie gleiche und gleichwertige Bezahlung.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Leistung von Frauen und Männern. Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sollen ihren unternehmensinternen Gender-Pay-Gap auswerten und veröffentlichen. Es sollen sowohl der durchschnittliche als auch der mittlere Verdienstunterschied und der prozentuale Anteil von Frauen und Männern in den jeweiligen Gehaltsgruppen angegeben werden. Durch diese Mechanismen wollen wir Transparenz schaffen. Sie ist ein wichtiger Grundstein für die eigenverantwortliche Lösung des Problems durch Arbeitgeber und Beschäftigte. (Seite 33)</p>	<p>Um gleiche Entgelte für Frauen und Männer durchzusetzen, muss der Auskunftsanspruch im Entgelttransparenzgesetz durch ein Verbandsklagerecht ergänzt werden. Gewerkschaften müssen für ihre Mitglieder gleiche Entgelte einklagen können. (Seite 15)</p> <p>Wir wollen: Gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit! Dafür werden wir ein verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz samt Verbandsklagerecht einführen, damit Frauen nicht mehr allein vor Gericht ziehen müssen. (Seite 99)</p> <p>Mit würdigen Löhnen für alle beenden wir auch endlich die unwürdigen Renten, von denen vor allem viele Frauen leben müssen. Durch die bessere Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten wird auch unbezahlte Sorgearbeit entsprechend wertgeschätzt (vergl. Rentenkapitel). Aktuell gibt es keine echten Lohnersatzleistungen für</p>	<p>Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Und die Menschen brauchen gute Arbeitsbedingungen. Aber in unserem reichen Land arbeiten noch immer Millionen Menschen im Niedriglohnsektor mit schlechten Löhnen und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Besonders oft sind davon Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte betroffen. Das wollen wir ändern. Den gesetzlichen Mindestlohn werden wir sofort auf 12 Euro anheben. (Seite 51)</p> <p>Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, von dieser Selbstverständlichkeit sind wir immer noch weit entfernt. Durchschnittlich verdienen Frauen, vor allem wenn sie sich um Kinder oder Pflegebedürftige kümmern, im gesamten Erwerbsleben etwa nur halb so viel wie Männer was sich auch in ihrer ungenügenden Alterssicherung bemerkbar macht. Deswegen setzen wir uns auf europäischer Ebene für eine ambitionierte</p>
--	---	---	---	---	--	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit. Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	<p>CDU</p>	<p>SPD</p>	<p>AfD</p>	<p>FDP</p>	<p>DIE LINKE</p>	<p>BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>
---	------------	------------	------------	------------	------------------	-------------------------------

					<p>pfllegenden Angehörige, die noch im Beruf stehen. Wir wollen sechs Wochen Freistellung bei vollem, arbeitgeberfinanziertem Lohnausgleich und unabhängig vom Verwandtschaftsgrad. (Seite 99)</p>	<p>EU-Richtlinie für Lohn-gleichheit ein und werden national ein effektives Entgeltgleichheitsgesetz einführen, das auch für kleine Betriebe gilt und die Unternehmen verpflichtet, von sich aus über die Bezahlung von Frauen und Männern und über ihre Maßnahmen zum Schließen des eigenen Pay-Gaps zu berichten. Dieses Gesetz muss auch ein wirksames Verbandsklagerecht enthalten, damit bei strukturellen Benachteiligungen auch Verbände die Klage übernehmen können und die Betroffenen nicht auf sich allein gestellt sind. Lohncheckverfahren können Diskriminierungen aufdecken. Deshalb werden wir Tarifpartner*innen und Unternehmen verpflichten, alle Lohnstrukturen auf Diskriminierung zu überprüfen und den Beschäftigten anonymisierte Spannen der Gehalts- und Honorarstruktur zugänglich zu machen. Wir setzen uns dafür ein, dass Berufe, die vor allem von Frauen ausgeübt werden, eine höhere Wertschätzung erfahren als bisher, insbesondere in Form besserer Arbeitsbedingungen und besserer Bezahlung. (Seite 54)</p>
--	--	--	--	--	--	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	CDU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
---	------------	------------	------------	------------	------------------	-------------------------------

Haushaltsnahe Dienstleistungen	<p>Haushaltsnahe Dienstleistungen entlasten Familien im Alltag und schaffen mehr Zeit für Familie und Beruf. Deshalb werden wir die Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen verbessern. (Seite 76)</p>	<p>In der Krise ist erneut deutlich geworden, dass Fürsorgearbeit überwiegend von Frauen geleistet wird. Wir treten dafür an, dass Familien mehr Zeit füreinander haben, und dass es einfacher wird, Erwerbs- und Sorgearbeit gerechter zwischen allen Geschlechtern aufzuteilen und Alleinerziehende besser unterstützt werden. (Seite 39)</p>	<p>Keine Aussage zu haushaltsnahen Dienstleistungen.</p>	<p>Auch die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten, gesetzlichen Unterhaltsleistungen und haushaltsnahen Dienstleistungen wollen wir verbessern. Am Splittingverfahren für Ehe- und eingetragene Lebenspartnerschaften wollen wir festhalten. Ebenso kann es sinnvoll sein, künftig stärker mit - von der Steuerschuld abzuziehenden - Steuergutschriften zu arbeiten. Dadurch wirken Freibeträge besser für die niedrigen und mittleren Einkommen. (Seiten 40 – 41)</p> <p>(...) Dafür schlagen wir vor, den ergänzenden Beruf der „Mütterpflegekraft“ für die Vor- und Nachsorge im Wochenbett einzuführen. (Seite 42)</p>	<p>Keine Aussage zu haushaltsnahen Dienstleistungen.</p>	<p>Es gilt, familienunterstützende Dienstleistungen zu fördern, zum Beispiel für ergänzende Kinderbetreuung oder haushaltsnahe Dienstleistungen. Das gilt besonders im Krankheitsfall, denn Kinder und Haushalt müssen trotzdem versorgt sein. (Seite 51)</p> <p>Minijobs, mit Ausnahmen für Studierende, Schüler*innen und Rentner*innen, wollen wir in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen und Regelungen für haushaltsnahe Dienstleistungen schaffen. (Seite 55)</p>
Steuer- und Sozialrecht	<p>• Wir halten am Ehegattensplitting fest und wollen unabhängig davon zusätzlich Ansätze entwickeln, um Kinder positiv zu berücksichtigen. Wir haben die finanzielle Situation von Familien spürbar verbessert, indem wir den Kinderfreibetrag und das Kindergeld zum 1. Januar 2021 deutlich erhöht</p>	<p>Das geltende Steuerrecht befördert die klassische Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen. Das werden wir ändern und das Steuerrecht stärker auf Partnerschaftlichkeit ausrichten sowie die Steuerlast bei unterschiedlich hohen Einkommen zwischen den Eheleuten gerecht verteilen.</p>	<p>Vor allem Familien der mittleren Einkommensschicht werden in Deutschland steuerlich stärker belastet als in fast allen anderen europäischen Ländern. Die Geburtenrate ist bei diesen Familien erschreckend gering. Die AfD will hier mit dem steuerlichen Familiensplitting einen Paradigmen-</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen das Elterngeld entbürokratisieren und digitalisieren sowie den Partnerschaftsbonus flexibilisieren. Ungechtigkeiten wie beim Insolvenzgeld oder bei Misch-einkünften wollen wir abbauen. Auch das „ElterngeldPlus“ und den Partnerschaftsbonus passen wir</p>	<p>Familienfreundliche Steuermodelle statt Ehegattensplitting. Das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum soll zwischen Eheleuten bzw. Lebenspartner*innen übertragbar sein soll. (Seite 29)</p>	<p>Deshalb wollen wir für neugeschlossene Ehen eine individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Bei der Lohnsteuer soll die/der heute über Gebühr belastete Zweitverdiener*in entlastet werden, indem das Faktorverfahren zur Regel und die Steuerklasse 5 für</p>

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	<p style="text-align: center;">CDU</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p>	<p style="text-align: center;">AfD</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p>	<p style="text-align: center;">DIE LINKE</p>	<p style="text-align: center;">BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>
---	---	---	---	---	---	--

	<p>haben. Perspektivisch streben wir den vollen Grundfreibetrag für Kinder an und finden damit den Einstieg in ein Kindersplitting. (Seite 72)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir wollen auch künftig möglichst vielen Beschäftigten die mobile Arbeit ermöglichen und setzen auf sozialpartnerschaftliche Regelungen der Tarifvertrags- und Betriebsparteien, die mobiles Arbeiten ermöglichen und den Arbeitsschutz gewährleisten. • Darüber hinaus wollen wir auf nationaler und auf EU-Ebene die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Arbeiten von überall in Europa gerade für kleine und mittelständische Unternehmen rechtssicher wird. Daher werden wir die Regelungen im Arbeits-, Sozialversicherungs- sowie Steuerrecht überprüfen und gegebenenfalls anpassen. (Seite76) • Wir haben die finanzielle Situation junger Familien spürbar verbessert, indem wir den Kinderfreibetrag und das Kindergeld zum 1. Januar 2021 deutlich erhöht haben. Einen weiteren Schritt werden wir abhängig 	<p>Das Ehegattensplitting bildet die gesellschaftliche Realität nicht mehr ab und schließt viele Haushalte mit Kindern von dem gewährten Steuervorteil aus. Nutznießer sind stattdessen vor allem Alleinverdiener-Ehepaare mit hohem Einkommen unabhängig von der Kinderzahl. Wir werden das Ehegattensplitting für neu geschlossene Ehen ändern. Die allermeisten Haushalte mit Kindern werden durch die Kindergrundsicherung finanziell bessergestellt werden. Normalverdienende auch ohne Kinder werden keine Einbußen erleiden. Für bestehende Ehen werden wir zudem ein Wahlrecht einführen. (Seite 23)</p> <p>Wir wollen eine geschlechtergerechte Rente. Unterschiedliche Arbeitszeiten und familienbedingte Tätigkeiten bei den Renten werden wir gerechter behandeln. Langjährige Pflege von Eltern, Schwiegereltern oder anderen Familienmitgliedern dürfen sich nicht mehr negativ auf die Rente auswirken und die eigene Altersarmut bedeuten. Hier</p>	<p>wechsel einleiten, verbunden mit einer Anhebung des Kinderfreibetrages. Als weitere steuerliche Maßnahmen fordern wir die vollständige steuerliche Absetzbarkeit von kinderbezogenen Ausgaben und eine Absenkung der Mehrwertsteuer für Artikel des Kinderbedarfs auf den reduzierten Satz. Ergänzend sollen Eltern zur Herstellung der Lastengerechtigkeit bei der Geburt jedes Kindes eine Rückzahlung bereits entrichteter Rentenbeiträge in Höhe von 20.000 € erhalten bzw. von zukünftigen Beiträgen in entsprechender Höhe freigestellt werden, ohne dass die spätere Leistung gekürzt wird. (Seite 104)</p>	<p>der Lebensrealität der Familien an. (Seite 40)</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen den Rechtsanspruch auf „Partnermonate“ beim Elterngeld auf drei Monate verlängern. Damit erhöht sich die Bezugsdauer auf maximal 15 Monate. Das gilt auch für Alleinerziehende. Die Mindest- und Maximalbeträge wollen wir erhöhen, auch als Inflationsausgleich. Dadurch wollen wir Anreize für eine ausgewogenere Aufteilung der Familienarbeit zwischen den Elternteilen schaffen. (Seite 40)</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen Familien und Alleinerziehende entlasten. Dazu wollen wir den Kinder- und Auszubildendenfreibetrag sowie den Freibetrag für Alleinerziehende anheben. Auch die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten, gesetzlichen Unterhaltsleistungen und haushaltsnahen Dienstleistungen wollen wir verbessern. Am Splittingverfahren für Ehe- und eingetragene Lebenspartnerschaften wollen wir festhalten. Ebenso kann es</p>		<p>Zuverdiener*innen abgeschafft wird. So sorgen wir dafür, dass gleichberechtigte Lebensentwürfe nicht länger benachteiligt werden. Paare, die bereits verheiratet sind, können sich entscheiden, ob sie sich einzeln veranlassen oder weiterhin das Ehegattensplitting nutzen wollen. Zugleich stärken wir mit der Kindergrundsicherung Familien. Alleinerziehende, die heute am stärksten von Armut betroffen sind, entlasten wir mit einer Steuergutschrift. (Seite 55)</p>
--	--	---	---	---	--	---

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	<p style="text-align: center;">CDU</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p>	<p style="text-align: center;">AfD</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p>	<p style="text-align: center;">DIE LINKE</p>	<p style="text-align: center;">BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>
---	---	---	---	---	---	--

	<p>von der wirtschaftlichen Lage verwirklichen. Perspektivisch streben wir den vollen Grundfreibetrag für Kinder an und finden damit den Einstieg in ein Kindersplitting.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir haben auch den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf 4.008 Euro verdoppelt. Wir wollen ihn perspektivisch auf 5.000 Euro weiter erhöhen. (Seite 77) <p>Wir wollen die familienrechtlichen Vorschriften im Unterhalts-, Sorge- und Umgangsrecht anpassen. Zentral ist dabei nach wie vor das Wohl des Kindes. Wir wollen eine Aufenthalts- und Betreuungsregelung, die in jedem Einzelfall bestmöglich das Kindeswohl sicherstellt. (Seite 78)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir wollen daher die Anerkennung und Übertragbarkeit ausländischer Qualifikationen weiter fördern und ein besonderes Gewicht auf die Arbeitsmarktintegration von Frauen legen. (Seite 134) 	<p>brauchen wir mehr Solidarität und Respekt vor dieser schweren Aufgabe. (Seite 35)</p>		<p>sinnvoll sein, künftig stärker mit - von der Steuerschuld abzuziehenden - Steuergutschriften zu arbeiten. Dadurch wirken Freibeträge besser für die niedrigen und mittleren Einkommen. (Seiten 40 – 41)</p>		
--	--	--	--	--	--	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	<p style="text-align: center;">CDU</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p>	<p style="text-align: center;">AfD</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p>	<p style="text-align: center;">DIE LINKE</p>	<p style="text-align: center;">BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>
---	---	---	---	---	---	--

<p>Arbeitsrecht, Arbeitszeiten und Vereinbarkeit</p>	<p>Wir werden es unseren Familien leichter machen. Wir werden sie finanziell entlasten und ihnen geben, was für alle wichtig ist: Zeit füreinander, Sicherheit, mehr finanzielle Spielräume, gute Schulen und Kitas. Gleichzeitig versprechen wir, dass wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern und die Chancengleichheit von Frauen und Männern fördern. Jede und jeder soll sich durch Anstrengung, Leistung und Fleiß etwas aufbauen und nach dem eigenen Glück streben können. Dieses Aufstiegsversprechen muss für alle unabhängig von der Herkunft und sozialen Verhältnissen gelten. (...) Und es geht insgesamt um eine Politik, die Familien konsequent in den Mittelpunkt stellt. Der Schutz der Familie unter sich wandelnden Bedingungen ist eine Grundkonstante einer vom christlichen Menschenbild geleiteten Politik. In unserem Modernisierungsjahrzehnt müssen wir die nach wie vor bestehende Benachteiligung von Frauen angehen und ihnen gleiche</p>	<p>Wir werden ein Vier-Säulen-Modell für mehr Familienzeit einführen. Die erste Säule sind zwei Wochen Elternschaftszeit direkt nach Geburt eines Kindes, auf die jeder Vater bzw. der/die Partner*in kurzfristig und sozial abgesichert Anspruch hat. (...) Die zweite Säule ist die Familienarbeitszeit, mit der wir den derzeitigen Partnerschaftsbonus beim ElterngeldPlus zu einer flexiblen, geförderten Elternzeit nach dem ersten Lebensjahr eines Kindes ausbauen werden. (...) Die dritte Säule ist die dauerhafte Ausweitung der pandemiebedingt erhöhten Kinderkrankentage auf 20 Tage pro Kind, Jahr und Elternteil (als „Elterngeld akut“) - bei mehr als zwei Kindern maximal 45 Tage pro Elternteil und 90 Tage für Alleinerziehende. (...) Unser Modell der Familienpflegezeit ist die vierte Säule. Wer Angehörige pflegt, soll dabei unterstützt werden, die Pflege mit Erwerbsarbeit zu kombinieren. Das bedeutet: 15 Monate Anspruch auf Unterstützung</p>	<p>Keine Aussage zu Arbeitsrecht, Arbeitszeiten und Vereinbarkeit.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Dazu wollen wir Betriebskindergärten auch steuerlich fördern, den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung auch in der Praxis und perspektivisch ab dem Ende des Mutterschutzes garantieren, die Betreuungszeiten flexibilisieren und die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten ermöglichen. Vorständen und anderen Führungskräften wollen wir eine zeitlich begrenzte Auszeit ermöglichen. In Fällen wie Geburt, Elternzeit, Pflege Angehöriger oder bei eigener schwerer Erkrankung soll es möglich sein, das Mandat für einen begrenzten Zeitraum ruhen zu lassen, ohne es niederzulegen. Zudem wollen wir bessere Voraussetzungen für die Vereinbarung von Weiterbildung und Familie schaffen. Familienfreundliche Weiterbildungen steigern die Karrierechancen insbesondere für Frauen. (Seite 32)</p> <p>Wir Freie Demokraten fordern die Einführung eines „Partnerschutzes“ analog</p>	<p>Als LINKE stehen wir für einen Feminismus, der an die Wurzeln geht. Das heißt zuallererst, Arbeit und Zeit zwischen den Geschlechtern gerecht zu verteilen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle frei, sicher und selbstbestimmt leben können, Zeit für Familie und Freund*innen haben und gleichzeitig einer sinnvollen und gut bezahlten Arbeit nachgehen können. (Seite 98)</p> <p>(...) Es geht nicht nur um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit Frauen Kinder und Karriere noch schneller jonglieren können. Wir brauchen neue Arbeitszeitmodelle – und zwar für alle! (...) DIE LINKE fordert deswegen ein Neues Normalarbeitsverhältnis, mit um die 30 Stunden für alle, zum Beispiel eine Vier-Tage-Woche (vgl. Kapitel Arbeit). So bleibt allen mehr Zeit für Familie, für sich selbst und für die Beteiligung an Politik und Gesellschaft. Dazu gehört auch die Begrenzung von Überstunden ebenso wie ein An-</p>	<p>Wir wollen Beschäftigte dabei unterstützen, ihre Arbeit besser an ihr Familien- und Privatleben anzupassen. Eine moderne Arbeitswelt bedeutet für uns auch mehr Mitsprache bei Ort, Lage und Umfang der Arbeit. In der Corona-Krise wurde das Arbeiten von zu Hause zu einer weit verbreiteten Erfahrung, für viele verbunden mit mehr Eigenständigkeit und weniger Stress, wenn etwa das lange Pendeln wegfiel. (Seite 52)</p> <p>Darüber hinaus sollen die Möglichkeiten aller Arbeitnehmer*innen, selbst flexibler über die eigene Arbeitszeit zu bestimmen – gerade um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern und für Zeit für sich selbst –, verbessert werden. Dafür wollen wir die starre Vollzeit umgestalten, etwa mit Hilfe eines flexiblen Arbeitszeitkorridors, und insbesondere die Sozialpartner unterstützen, flexible Arbeitszeitmodelle zum Vorteil der Arbeitnehmenden zu ermöglichen. (Seite 53)</p>
---	--	---	--	---	--	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.

Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	<p style="text-align: center;">CDU</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p>	<p style="text-align: center;">AfD</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p>	<p style="text-align: center;">DIE LINKE</p>	<p style="text-align: center;">BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>
---	---	---	---	---	---	--

<p>Chancen wie Männern ermöglichen. (...) Unser Ziel ist es, das Elterngeld weiter zu stärken und gerade Väter zu ermutigen, stärker als bisher das Elterngeld zu nutzen. Wir wollen die Partnermonate beim Elterngeld um weitere zwei auf insgesamt 16 Monate ausweiten, wenn sowohl Vater als auch Mutter Elternzeit nehmen. (Seite 75)</p> <p>Wir werden Wahlfreiheit durch mehr Zeitsouveränität über das ganze Berufsleben ermöglichen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir wollen das bestehende Instrument der Zeitwertkonten praktikabler gestalten und als Familienzeitkonten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nutzbar machen. Dieses Konzept hat sich bereits bewährt, weshalb wir seine Verbreitung weiter fördern wollen. • Eltern sollen angesparte Zeiten einsetzen können, um in der Familienphase ohne finanzielle Nachteile weniger zu arbeiten. Auch staatliche Fördermittel sollen auf Familienzeitkonten gebucht werden können. (...) 	<p>(Lohnersatz) bei einer Arbeitszeitreduzierung für jeden nahen Angehörigen ab Pflegegrad 2, auf mehrere Pflegepersonen aufteilbar mit einer Mindestarbeitszeit von 15 bis 20 Stunden. Wichtig ist, dass Unternehmern gezielt auch die Männer ermutigen, dieses Modell zu nutzen. (Seite 39)</p>			<p>zum „Mutterschutz“: Nach der Geburt eines Kindes hat der andere Elternteil das Recht, zehn Arbeitstage in Partnerschutz zu gehen. Dieser darf auch halbtätig beansprucht werden und besteht dann für die doppelte Zeitdauer. Die Finanzierung des Partnerschutzes erfolgt äquivalent zum Mutterschutz. Alleinerziehende haben das Recht, eine andere Person für den Partnerschutz zu benennen (zum Beispiel Familienangehörige), die die Alleinerziehenden in dieser Zeit unterstützt. Damit wollen wir dem erhöhten Regenerationsbedarf von Müttern nach der Geburt Rechnung tragen und die gemeinsame Verantwortung für Familie und Kind von Anfang an stärken. (Seite 33)</p> <p>Wir Freie Demokraten fordern eine zeitlich begrenzte Auszeit für Mitglieder in Vorständen sowie Aufsichtsräten und für andere oberste Führungskräfte. In begründeten Fällen wie Geburt, Elternzeit, Pflege Angehöriger oder bei eigener schwerer Erkrankung soll es möglich sein, das Mandat für einen</p>	<p>spruch auf familienfreundliche Schichtzeiten und ein Mindestlohn von 13 Euro. (Seite 98)</p> <p>Wir wissen: Männer wollen und würden sich mehr an der Familienarbeit beteiligen, wenn die Arbeitsverhältnisse und die ökonomische Situation dies zuließen. Deshalb belohnen wir Väter mit einem zusätzlichen Monat Elterngeld, wenn sie mindestens ein Drittel der Elternzeit übernehmen. Teilen Eltern sich diese Zeit hälftig auf, erhalten beide einen zusätzlichen Monat Elterngeld. (Seite 99)</p> <p>Die Lücken unseres Pflegesystems werden durch unbezahlte Arbeit von Angehörigen ausgeglichen. Meist sind es die Frauen – Ehe- und Lebenspartnerinnen, Töchter und Schwiegertöchter. Im Alltag kämpfen viel pflegende Menschen mit Dauerstress, Erschöpfung und Geldsorgen. (...)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Für mehr Transparenz, Vernetzung und Selbstbestimmung brauchen wir Pflegeplattformen, die Pflegekräfte sozialversichert und tariflich abgesichert beschäftigen. 	<p>Die gläserne Decke, die Frauen am Aufstieg hindert, wollen wir aufbrechen. Dies gelingt auch durch eine kluge Zeitpolitik, die es auch Partner*innen erleichtert, Verantwortung in der Familie zu übernehmen und Arbeit geschlechtergerecht aufzuteilen. Wir wollen, dass die Sorge in der Familie gemeinsam und gleichberechtigt getragen wird und sehen darin eine Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung der Geschlechter. Dafür ist es notwendig, dass insbesondere Väter gleichermaßen Verantwortung und Sorgearbeit in der Familie übernehmen. Alleinerziehende dürfen dabei gegenüber Paaren nicht benachteiligt werden. Betroffene von Diskriminierungen am Arbeitsmarkt wollen wir stärken, u.a. mit einem Verbandsklagerecht, dem Ausbau entsprechender Rechtsberatung und durch ein echtes Recht auf die Rückkehr in Vollzeit, das auch für kleinere Betriebe gilt. Damit Eltern nicht aufgrund der Tatsache, dass sie Kinder haben in der Arbeitswelt benachteiligt werden, werden wir notwendige</p>
---	---	--	--	---	---	---

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	CDU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
	<ul style="list-style-type: none"> • Wir wollen Familienleistungen maximal vereinfachen. Sie sollen automatisiert, digital und aus einer Hand Familien zur Verfügung stehen. Geburtsurkunde, Kindergeld, Elterngeld und Kinderzuschlag sowie das Bildungs- und Teilhabepaket sollen digital beantragt werden können. • Wir wollen es so unbürokratisch und einfach wie möglich machen, Familienleistungen zu bekommen. Leistungen müssen, wo immer möglich, automatisiert erfolgen. (Seite 76) 			<p>begrenzten Zeitraum ruhen zu lassen, ohne es niederzulegen. Dies ersetzt die bisherige Regelung der vollen Haftung bei Abwesenheit oder Zwang zur Mandatsniederlegung. (Seite 33)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuell gibt es keine echten Lohnersatzleistungen für pflegende Angehörige, die noch im Beruf stehen. Wir wollen sechs Wochen Freistellung bei vollem, arbeitgeberfinanzierten Lohnausgleich beim ersten Auftreten eines familiären Pflegefalls. (Seiten 33 – 34) (...) die Sorgearbeit (Care-Arbeit) muss ins Zentrum gestellt werden. Denn, dass Kranken- oder Altenpfleger*innen, Erzieher*innen oder Beschäftigte in hausnahen Dienstleistungen häufig schlecht entlohnt und unter miserablen Bedingungen arbeiten, hat System. Wir brauchen nicht nur besser bezahlte Pflegekräfte und Erzieher*innen, sondern auch mehr von ihnen! (Seiten 98 – 99) 	<p>Maßnahmen inklusive erforderlicher Gesetzesänderungen ergreifen. (Seite 55)</p>

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	<p style="text-align: center;">CDU</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p>	<p style="text-align: center;">AfD</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p>	<p style="text-align: center;">DIE LINKE</p>	<p style="text-align: center;">BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>
---	---	---	---	---	---	--

<p>Bildung und Digitalisierung</p>	<p>Damit wir auch in Zukunft die Fachkräfte haben, die unser Land braucht, setzen wir unter anderem auf gute berufliche Ausbildung, die zunehmende Beschäftigung von Frauen, Älteren und Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt, die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen sowie den gesteuerten Zugang gut ausgebildeter und leistungsbereiter Menschen aus den Mitgliedstaaten der EU und aus außereuropäischen Staaten. (Seite 39)</p> <p>Wir wollen Aufstieg durch Bildung für alle möglich machen und bekennen uns dabei zum bewährten Bildungsföderalismus. Corona hat aber auch Schwächen offengelegt. Das beginnt damit, dass wir in Sachen digitaler Bildung dringend anpacken und unsere Schulen modernisieren. (Seite 75)</p> <p>Junge Frauen sind heute so gut ausgebildet wie nie zuvor. Dennoch ergreifen vergleichsweise wenige eine Ausbildung oder ein Studium im technischnaturwissenschaftlichen Bereich</p>	<p>In Start-ups und den großen Tech-Unternehmen wird im buchstäblichen Sinne unsere Zukunft programmiert. Frauen sollen daran einen relevanten Anteil haben. Der erste Mensch auf der Welt, der eine Maschine programmiert hat, war eine Frau: Ada Lovelace. Doch heute sind IT-Berufe in hohem Maße von Männern dominiert, und an der Spitze von Tech-Unternehmen in Deutschland sind Frauen noch seltener vertreten als im Durchschnitt der Unternehmen. (Seite 42)</p> <p>Wenn der Einsatz von Algorithmen, zum Beispiel bei der Personalrekrutierung, über das Leben oder die Chancen von Menschen mitentscheidet, dürfen sie niemals diskriminieren. Wir wollen verantwortungsvolle Künstliche Intelligenzen (KI) und Algorithmen, die vorurteilsfrei programmiert sind und auf diskriminierungsfreien Datenlagen basieren. Dies soll regelmäßig geprüft und zertifiziert werden. (Seite 42)</p>	<p>Häufig wird die politische Beeinflussung von einer Frühsexualisierung im Sinne „diverser“ Geschlechterrollen begleitet. Die „Sexualpädagogik der Vielfalt“ versucht, Kinder in Bezug auf ihre sexuelle Identität zu verunsichern und Geschlechterrollen aufzulösen. Sie werden dadurch massiv in ihrer Entwicklung gestört. Kinder haben das Recht auf Schutz ihrer Intimsphäre, damit sie ihre Sexualität selbstbestimmt herausbilden können. (Seiten 111 – 112)</p> <p>Bildungsgerechtigkeit erfordert Differenzierung, nicht Gleichmacherei. Effizientes Lehren und Lernen ist nur möglich, wenn die Leistungsunterschiede zwischen den Schülern innerhalb einer Schulform begrenzt bleiben. Wir befürworten daher ein differenziertes, aber durchlässiges Schulsystem, das den unterschiedlichen Begehungen der Schüler gerecht wird. (Seite 146)</p> <p>Kern der Gender-Ideologie ist die Leugnung von biolo-</p>	<p>Wir Freie Demokraten fordern eine Offensive für die Bildung in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT). Kinder müssen eine frühzeitige MINT-Bildung erhalten. 17 Daher fordern wir verpflichtende, qualitativ hochwertige und bundesweite Qualitäts- und Bildungsstandards in der frühkindlichen MINT-Bildung. Pädagoginnen und Pädagogen müssen für experimentelles und forschendes Lernen in allen Kitas ausgebildet werden. Wir fordern ein gezieltes Maßnahmenpaket für die Förderung von Mädchen und Frauen im MINT-Bereich. Außerschulische Initiativen wie das „Haus der kleinen Forscher“ wollen wir dabei weiter stärken. (Seiten 16 – 17)</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen ein Kinderchancengeld. Es besteht aus: Grundbetrag, Flexibetrag und nicht-materiellem Chancenpaket. Die Angebote für bessere Chancen, Bildung und Teilhabe werden ausgeweitet und können von Kindern und Jugendlichen selbst-</p>	<p>Weil der Ausbildungsmarkt immer noch in sogenannte Frauen- und Männerberufe gespalten ist, sind außerdem die Hürden für Jugendliche groß, eine untypische Berufswahl zu treffen. Dem wollen wir entgegenwirken: Durch geschlechtersensible Bildung und indem Bereiche aufgewertet werden, in denen die Löhne niedrig sind und viele Frauen arbeiten. (Seite 49)</p> <p>Sämtliche für Entscheidungen eingesetzte Algorithmen müssen von unabhängigen Stellen geprüft werden auf Diskriminierungsfreiheit. Der Einsatz diskriminierender Algorithmen ist zu verbieten. (Seite 93)</p> <p>Deshalb wollen wir mehr queere Bildungsangebote in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wir treten für eine diskriminierungsfreie Sprache ein, die der Vielfalt geschlechtlicher und sexueller Identitäten gerecht wird. (Seite 103)</p>	<p>Dafür investieren wir mehr in berufliche und berufs begleitende Bildung. Die duale Berufsausbildung soll durch eine Weiterentwicklung und Modernisierung insbesondere der Lehrinhalte und Ausstattung aufgewertet werden. Die Finanzierung bedarf der Anpassung. Der Meisterbrief soll wie ein Studium kostenfrei werden. Wir lassen keine Potenziale mehr ungenutzt: Hürden, die Frauen, Älteren, Menschen mit Behinderungen, Jugendlichen aus einkommensarmen Elternhäusern oder Menschen mit Migrationsgeschichte oft noch im Weg stehen, bauen wir ab und werden Geschlechterstereotypen entgegenwirken. (Seite 32)</p> <p>Alle sollen an der Gestaltung der digitalen Transformation beteiligt sein und ihre Potenziale einbringen können. Deshalb werden wir eine Strategie „Frauen in der Digitalisierung“ vorlegen und umsetzen. Mädchen sollen schon in der Grundschule für Digitalthemen begeistert werden und ohne Technikgenderstereotype</p>
---	---	---	---	--	---	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit. Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	CDU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
	<p>(MINT). Das soll sich ändern.</p> <ul style="list-style-type: none"> Wir wollen daher weiter gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft dafür werben, dass sich junge Menschen für naturwissenschaftlich-technische Berufe entscheiden. Hierzu wollen wir ihnen Qualifizierungs- und Karrieremöglichkeiten aufzeigen und sie mit Beratungsleistungen unterstützen. (Seite 79) Wir wollen, dass pädagogische Konzepte und die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern weiterentwickelt werden. Digitale Kompetenz muss umfassend in den Unterricht integriert werden. (Seite 81) 		<p>gischen Unterschieden zwischen Mann und Frau, verbunden mit der Behauptung, dass Geschlechter nur soziale Konstrukte seien. Unterschiede etwa bei der Auswahl und Ausübung von Berufen werden als Beweis einer vermeintlichen Diskriminierung betrachtet und deren Beseitigung gefordert. Behauptungen der Gender-Ideologie stehen im Widerspruch zu Erkenntnissen der Biologie. Alle Fördermittel für die auf der Gender-Ideologie beruhende Lehre und Forschung sind zu streichen. Politisch korrekte Sprachvorgaben zur Durchsetzung der Gender-Ideologie lehnen wir ab. Gleichstellungsbeauftragte sind abzuschaffen. Bei der Besetzung von Stellen muss allein die fachliche Qualifikation des Bewerbers entscheiden. (Seite 152)</p>	<p>ständig über ein Kinderchancenportal kinderleicht abgerufen werden. Das Kinderchancengeld ist einfach, digital und ermöglicht echte Aufstiegschancen. (Seite 40)</p>		<p>aufwachsen. Wir brauchen eine geschlechtersensible Lehre, die gezielte Ansprache von Frauen für MINT-Studiengänge und Ausbildungsberufe sowie mehr Frauen in den Gremien, wo diese Richtungsentscheidungen getroffen werden. (...) Freiwillige und verpflichtende Maßnahmen für die Unternehmen sind notwendig, um diskriminierungsfreie Arbeitsplätze und einen gleichberechtigten Zugang zu Gestaltungspositionen in der digitalen Transformation zu ermöglichen. (Seite 37)</p> <p>Das durch enge Rollenerwartungen eingeschränkte Berufswahlverhalten wollen wir durch eine gendersensible Berufsberatung erweitern (Seite 55)</p>

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	CDU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
---	------------	------------	------------	------------	------------------	-------------------------------

Start-Ups und Gründerinnen	<p>2022 werden wir als Startschuss zum Deutschen Gründerjahr machen. Dazu gehört die Kultur einer zweiten Chance, denn Gründungen können auch fehlschlagen. Wir wollen einen neuen Gründergeist von klein auf befördern und mehr Frauen zu Gründungen ermutigen. (Seite 90)</p>	<p>Existenzgründungen von Frauen und in der Fläche werden wir mit eigenen Programmen gezielt fördern. (Seite 20)</p> <p>In Start-ups und den großen Tech-Unternehmen wird im buchstäblichen Sinne unsere Zukunft programmiert. Frauen sollen daran einen relevanten Anteil haben. Der erste Mensch auf der Welt, der eine Maschine programmiert hat, war eine Frau: Ada Lovelace. (Seite 42)</p> <p>Wir wollen, dass Mädchen und junge Frauen früh erfahren, dass Technik und Unternehmensgründung etwas für sie sein kann. Wir wollen einen besseren Zugang für Frauen zu Gründungskapital und eine umfassende und koordinierte Förderstrategie, um geschlechtsbezogene Barrieren für digitalisierungsbezogene Unternehmensgründungen abzubauen. (Seite 42)</p>	<p>Keine Aussage zu Start-Ups und Gründerinnen.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen insbesondere Gründerinnen beim Zugang zu und bei der Einwerbung von Wagniskapital unterstützen. Dazu fordern wir die Einrichtung eines Venture-Capital-Fonds in Form einer öffentlich-privaten Partnerschaft. Durch die Schaffung eines Netzwerkes für Investorinnen sowie weiblichen „Business Angels“ sollen zudem gezielt Frauen bei ihren Gründungsvorhaben unterstützt werden. Außerdem soll der Fonds gewährleisten, dass Frauen den gleichen Zugang zu Wagniskapital haben. (Seite 14)</p>	<p>Keine Aussage zu Start-Ups und Gründerinnen.</p>	<p>Frauen sind bei Gründungen und Nachfolgen noch unterrepräsentiert, sie wollen wir gezielt fördern mit einem staatlichen Wagniskapitalfonds nur für Frauen. Vergabe- und Auswahlgremien besetzen wir paritätisch. Hürden sollten auch für Menschen mit Migrationsgeschichte abgebaut werden, hier lässt unser Land ein riesiges Potenzial brachliegen. Bei der öffentlichen Vergabe beziehen wir Start-ups besser ein und vereinfachen dafür Vergabeverfahren und Regeln zur Eignungsprüfung. (Seite 29)</p> <p>Die Wirtschaftsförderung wollen wir geschlechtergerechter ausgestalten und Frauen dort, wo sie unterrepräsentiert sind, mit gezielten Maßnahmen fördern, zum Beispiel durch einen staatlichen Wagniskapitalfonds nur für Gründerinnen. (Seite 32)</p> <p>Wir engagieren uns dafür, Frauen und Mädchen den uneingeschränkten Zugang zu gleichwertiger Bildung zu sichern sowie ihre sexuellen und reproduktiven Rechte zu schützen. Wir setzen uns</p>
-----------------------------------	---	--	---	--	---	---

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	CDU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
						<p>dafür ein, dass Frauen und Mädchen weltweit uneingeschränkt Zugang zu empfängnisverhütenden Mitteln erhalten. Es braucht innovative Bildungsangebote wie kompakte nachholende Grundbildung für Frauen oder Berufsbildung in Krisen- und Post-Konfliktkontexten. Unsere internationale Zusammenarbeit werden wir darum finanziell und konzeptionell auf diese Aufgabe hin ausrichten, die Erreichung der Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe sowie reproduktive Gesundheit und das Recht auf Bildung in allen Projekten verankern. (Seite 121)</p>

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	CDU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
---	------------	------------	------------	------------	------------------	-------------------------------

Gleichstellung als Leitprinzip in allen Politikfeldern

	<p>Wir wollen eine moderne Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleichberechtigt ihre Kompetenzen und Stärken entfalten und ihren Interessen nachgehen können. Frauen und Männer sollen gleichberechtigte Wertschätzung erfahren, wenn sie sich in der Familie, im Beruf oder im Ehrenamt engagieren. Deshalb wollen wir die Situation von Frauen in allen Politikfeldern in den Blick nehmen und dort nachsteuern, wo Rahmenbedingungen verbessert werden müssen. (Seiten 78 – 79)</p>	<p>Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Bildungs- und Rechtspolitik – aber auch Haushalts- und Finanzpolitik. Dies schließt eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung mit ein. Wir wollen die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen bis 2030 erreichen. Dazu werden wir die Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung zu einem verbindlichen Fahrplan mit konkreten und wirksamen Maßnahmen für alle Politikbereiche weiterentwickeln. Und wir kämpfen für die Umsetzung der EU-Gleichstellungsstrategie, das Lösen der Blockade von Women on Board und die Paytransparency Richtlinie in der EU. (Seite 42)</p>	<p>Statt Gleichstellungsbeauftragten wollen wir Familienbeauftragte, die familienfreundliche Entscheidungen sicherstellen und somit die aktivierende Familienpolitik unterstützen. (Seite 107)</p> <p>Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist ein hohes Gut und im Grundgesetz verankert. Die biologische Geschlechterbindung des Menschen betrachten wir nicht als Last, sondern als Geschenk. Die AfD fordert daher die Würdigung auch traditioneller Lebensentwürfe und die Wertschätzung der Lebensleistung von Frauen, die Familien gründen und Kinder großziehen. Frauen sollen genauso wie Männer entscheiden dürfen, welchen Lebensweg sie einschlagen, ohne mit gesellschaftlicher Ächtung rechnen zu müssen, wie es aktuell im linken Zeitgeist verankert ist. (Seite 115)</p>	<p>Wir Freie Demokraten stehen für einen liberalen Feminismus, der auf der Rechtsgleichheit aller Geschlechter aufbaut und für alle Individuen Freiheits- und Entfaltungsräume erweitern will. Der liberale Feminismus strebt die Selbstbestimmung aller Individuen frei von gesellschaftlichen Rollenzuschreibungen aufgrund ihres gewählten oder biologischen Geschlechts an. (Seite 51)</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen, dass sich Deutschland gemeinsam mit EU-Partnern konsequent für die Stärkung von LSBTI-Rechten einsetzt, Menschenrechtsverletzungen an Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen verurteilt und für die Abschaffung diskriminierender Gesetze eintritt. Bei Strafverschärfungen gegen LSBTI muss Deutschland die Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit Nichtregierungsorganisationen vor Ort auf den Prüfstand</p>	<p>Die Sozial- und Haushaltspolitik muss auf ihre Geschlechtergerechtigkeit hin geprüft und entsprechend verändert werden im Sinne eines Gender-Budgeting. (Seite 100)</p>	<p>Bei der Vergabe von Fördermitteln und öffentlichen Investitionen muss der Frauenanteil einer Organisation bzw. eines Start-Ups berücksichtigt werden. Für staatliche Institutionen soll Diversität ein Leitprinzip für alle Digitalstrategien sein. (Seite 37)</p> <p>Wenn mit Frauen die Hälfte der Bevölkerung nicht gleichberechtigt beteiligt, repräsentiert und bezahlt wird und Menschen noch immer Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus erleben, ist die Demokratie nicht vollkommen. Nötig sind mehr Zugänge, mehr Teilhabe, mehr Selbstwirksamkeit und mehr Repräsentanz, zum Beispiel für Menschen in prekären Lebensverhältnissen, Menschen mit Migrationsgeschichte oder mit Behinderung. Eine gleichberechtigte Gesellschaft braucht Politik, die Strukturen verändert. (Seite 81)</p> <p>Das „Diversity-Budgeting“, also den Einsatz und die</p>
--	---	--	---	--	--	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit. Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	<p style="text-align: center;">CDU</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p>	<p style="text-align: center;">AfD</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p>	<p style="text-align: center;">DIE LINKE</p>	<p style="text-align: center;">BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>
---	---	---	---	---	---	--

				<p>stellen, gegebenenfalls die Budgethilfe streichen und die Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen beenden. Auf Ebene der Vereinten Nationen fordern wir eine Konvention für LSB-TIRechte nach dem Vorbild der Frauenrechtskonvention. Nirgendwo dürfen homosexuelle Handlungen und die geschlechtliche Identität kriminalisiert werden. In der EU soll die Bundesregierung auf einen europaweiten Schutz von LSBTI-Rechten hinwirken. Angeblich „LGBT-freie Zonen“ in Polen und der europaweite Anstieg von Übergriffen gegen LSBTI sind mit europäischen Werten nicht vereinbar. Innerhalb der EU geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen sollen mit allen Rechten und Pflichten anerkannt werden. (Seite 73)</p>		<p>Evaluierung von Haushaltsmitteln in einer Vielfalt besonders fördernden Weise, wollen wir voranbringen. (...) Zusammenhalt in Vielfalt setzt voraus, respektiert, anerkannt und gehört zu werden, mitgestalten und teilhaben zu können, ohne Angst frei zu leben und sich als Gleichberechtigte zu begegnen, das Gemeinsame neben den Unterschieden zu sehen. Deshalb werden wir das Leitbild „Einheit in Vielfalt“ zur Gestaltung einer rassismuskritischen und chancengerechten Einwanderungsgesellschaft gesetzlich verankern. (Seite 85)</p> <p>Für mehr Repräsentanz und Teilhabe werden wir ein Bundespartizipations- und Teilhabegesetz vorlegen und das Bundesgremienbesetzungsgesetz reformieren. Staatliches Handeln soll auf unsere vielfältige Gesellschaft ausgerichtet sein und Gleichberechtigung sicherstellen. (Seite 86)</p> <p>Feminismus nimmt alle in den Blick und schafft Selbstbestimmung, Teilhabe und Gerechtigkeit. Ziel ist eine</p>
--	--	--	--	--	--	---

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	<p style="text-align: center;">CDU</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p>	<p style="text-align: center;">AfD</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p>	<p style="text-align: center;">DIE LINKE</p>	<p style="text-align: center;">BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>
---	---	---	---	---	---	--

						<p>Gesellschaft, in der alle unabhängig vom Geschlecht selbstbestimmt leben und auch Frauen überall gleichberechtigt mitgestalten können – von der Arbeitswelt bis in die Parlamente. Das ist eine Aufgabe für alle Geschlechter. Dafür braucht es auch Männer, die für eine Gesellschaft eintreten, in der Macht, Möglichkeiten und Verantwortung gerecht geteilt werden und Sexismus entschieden bekämpft wird. Geschlechtergerechtigkeit ist eine Querschnittsaufgabe, die wir intersektional denken. Mit einem Gender-Check wollen wir prüfen, ob eine Maßnahme oder ein Gesetz die Gleichberechtigung der Geschlechter voranbringt, und dort, wo es ihr entgegensteht, dementsprechend eingreifen. Die Vergabe öffentlicher Aufträge soll auch Kriterien der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigen. Die neu geschaffene Bundesstiftung Gleichstellung werden wir zu einer effektiven verlässlich finanzierten und unabhängigen Institution ausbauen, die gesichertes Wissen zu den Lebenslagen aller Geschlechter bereitstellt und wirksame Maßnahmen für</p>
--	--	--	--	--	--	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	<p style="text-align: center;">CDU</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p>	<p style="text-align: center;">AfD</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p>	<p style="text-align: center;">DIE LINKE</p>	<p style="text-align: center;">BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>
---	---	---	---	---	---	--

						<p>Gleichberechtigung entwickelt, bündelt und für Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit zugänglich macht. (...) Wir brauchen eine verbindliche Gleichberechtigungsstrategie, die alle Lebens- und Politikbereiche umfasst, ressortübergreifend arbeitet und die Erkenntnisse in umsetzbare Ziele übersetzt. Es wird Zeit für eine feministische Regierung, in der Menschen aller Geschlechter gleichermaßen für Geschlechtergerechtigkeit eintreten. (Seite 95)</p> <p>Transformation gelingt nur mit Kooperation, und die gelingt nur durch Einbeziehung der betroffenen gesellschaftlichen Gruppen. Nach wie vor ist die gleichberechtigte und intersektionale Teilhabe von Frauen der stärkste Indikator dafür. Wir wollen schrittweise für Deutschland und Europa eine 50-Prozent-Quote in allen diplomatischen und multilateralen Verhandlungen, für die Entsendung in internationale Organisationen sowie auf den Umsetzungsebenen durchsetzen. Um das zu ermöglichen, ist eine 50-Prozent-Quote für Frauen im Auswahlverfahren für das</p>
--	--	--	--	--	--	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	CDU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
---	------------	------------	------------	------------	------------------	-------------------------------

						<p>Personal in internationalen Einsätzen, in den international arbeitenden Ministerien sowie im gehobenen und höheren Europäischen Auswärtigen Dienst notwendig. Es braucht vergleichbare Kriterien, Standards, Indikatoren und Zeitrahmen für die Gleichstellungspläne der Ministerien, vergleichbar mit dem „Gender Equality Plan“ nach dem Vorbild der schwedischen Regierung. (Seite 121)</p> <p>Wir wollen sie nachhaltig finanziell und politisch unterstützen und bedarfsgerechte Strategien, Genderbudgeting und eine bessere Ressortkoordination stärken. (Seite 126)</p>
--	--	--	--	--	--	--

Für alle Frauen ein Leben frei von Gewalt

	<ul style="list-style-type: none"> Wir brauchen mehr Transparenz über frauenfeindliche Straftaten. Deshalb wollen wir, dass diese eigens in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst werden. Daraus müssen Lagebilder erstellt und Handlungsansätze für die Polizei abgeleitet werden. Den Opfern von sexualisierter oder häuslicher Gewalt soll flächendeckend 	<p>Dass jeden dritten Tag eine Frau durch die Hand ihres Partners oder Ex-Partners stirbt, ist erschütternd. Jede siebte Frau erlebt Belästigung oder Gewalt am Arbeitsplatz. Um Gewalt gegen Frauen wirksam zu bekämpfen, werden wir die rechtlichen Grundlagen für eine wirksame Strafverfolgung und die Zusammenarbeit aller Verantwortlichen in staatlichen und nicht-</p>	<p>Keine Aussage zu Gewalt an Frauen.</p>	<p>Wir setzen uns für einen Nationalen Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit ein. Dieser soll Diskriminierungen, Beleidigungen und Gewalt wirksam entgegenreten. Bundes- und Länderpolicen sollen LSBTI-feindliche Straftaten bundesweit einheitlich erfassen, sie in ihrer Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigen.</p>	<p>Digitale Gewalt im Netz muss juristisch anerkannt und verfolgt werden. Dazu muss auch Kompetenz in den Strafverfolgungsbehörden aufgebaut werden. Dies betrifft besonders digitale Gewalt gegen Frauen. (Seite 92)</p> <ul style="list-style-type: none"> Zur Ermordung von Frauen und Mädchen fehlen in 	<p>Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, die vor allem Frauen betrifft, ist eine gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe. Gewalt im häuslichen und persönlichen Nahbereich ist ein strukturelles Problem, das sowohl in der medialen Darstellung als auch in der Rechtsprechung oft verharmlost wird. Wir brauchen</p>
--	--	--	---	--	--	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	<p style="text-align: center;">CDU</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p>	<p style="text-align: center;">AfD</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p>	<p style="text-align: center;">DIE LINKE</p>	<p style="text-align: center;">BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>
---	---	---	---	---	---	--

	<p>angeboten werden, die Spuren vertraulich und gerichtsfest dokumentieren zu lassen, ohne dass ein Ermittlungsverfahren von Amts wegen eingeleitet werden muss. (Seite 110)</p>	<p>staatlichen Institutionen verbessern. Entsprechend unserer Verpflichtungen aus der „Istanbul-Konvention“ werden wir das Hilfesystem aus Beratungsstellen, Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen weiterentwickeln und die internationalen Vereinbarungen zum Schutz vor Gewalt am Arbeitsplatz (ILO Konvention 190) umsetzen. Für von Gewalt betroffene Frauen führen wir einen Rechtsanspruch auf Beratung und Schutz ein. Wir werden Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Femizide einrichten – also zur Verfolgung von Morden an Frauen, die begangen wurden, weil sie Frauen sind und setzen uns gesellschaftlich dafür ein, dass Femizide auch als solche benannt werden und nicht als „Verbrechen aus Leidenschaft“ oder „Familientragödie“. (Seite 43)</p> <p>(...) Wir setzen uns ein für eine EU-weite Ratifizierung der Istanbul-Konvention des Europarats in allen Mitgliedsstaaten durch als verbindliche Rechtsnormen gegen Gewalt an Frauen. Wir setzen uns dafür ein, dass Europa eine Vorreiterrolle bei internationaler Krisenprävention, Friedens-</p>		<p>sichtigen, die Ermittlungsdienste entsprechend schulen und LSBTI-Ansprechpersonen benennen. Homo- und transfeindliche Gewalt muss im Strafgesetzbuch genauso behandelt werden wie rassische Gewalt. Beratungs- und Selbsthilfeangebote sowie die schulische und öffentliche Aufklärung über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt wollen wir stärken. Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, die vor zehn Jahren von den Freien Demokraten initiiert wurde, soll dauerhaft im Bundeshaushalt abgesichert werden. (Seite 52)</p> <p>Wir Freie Demokraten fordern, dass die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt schnell, umfassend und wirksam umgesetzt wird. Bund und Länder müssen hier intensiver zusammenarbeiten. Wir wollen Betroffenen anzeigeunabhängig, kostenlos und anonym die Spurensicherung bei sexueller oder sexualisierter Gewalt ermöglichen. Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner bei Polizei</p>	<p>Deutschland Daten, Forschung, Prävention und konsequenter Strafverfolgung. Wir fordern eine unabhängige Beobachtungsstelle, die jeden potenziellen Femizid erfasst, die Daten tagesaktuell sowie in einem jährlichen Lagebericht veröffentlicht und Forschung zu Femiziden, den Ursachen und der Bedeutung von Risikofaktoren betreibt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Istanbul-Konvention, das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, muss konsequent und vollständig umgesetzt werden. Die durch die Bundesregierung bei der Ratifizierung vorgenommenen Einschränkungen wollen wir zurücknehmen, damit zahlreichen geflüchteten oder migrierten Frauen nicht der Zugang zu Schutz verweigert wird. • Strukturen des Gewaltschutzes und Hilfesysteme wollen wir ausbauen und mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstatten. Die Finanzierung von Frauenhäusern darf nicht länger eine freiwillige Leistung sein. Hier brauchen wir eine bundeseinheitliche Finanzierung, an der sich der Bund beteiligt. 	<p>daher mehr Aufklärungsarbeit und spezifische Gewaltpräventionsprogramme. Mit der Istanbul-Konvention haben wir ein Instrument an der Hand, das die notwendigen Maßnahmen beschreibt. Dazu gehört auch eine Erweiterung der Kriminalstatistik, damit das Ausmaß der in Deutschland verübten Femizide und andere Straftaten, die aus Frauenhass, begangen werden, differenziert erfasst wird und diese Taten systematisch als Hasskriminalität eingestuft werden. Zur Verbesserung des Schutzes vor geschlechterspezifischer Gewalt muss das Gewaltschutzgesetz evaluiert und novelliert werden. Gewaltbetroffene Frauen, deren Aufenthaltsstatus von dem Aufenthaltsstatus ihres Ehemanns oder Partners abhängt, sollen einen eigenständigen Aufenthaltstitel erhalten können. Polizei und Justiz müssen im Umgang mit Betroffenen sexualisierter Gewalt umfassend geschult und sensibilisiert sein. Verbale sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum wollen wir nicht hinnehmen und werden auch geeignete Ordnungsmaßnahmen dagegen prüfen. Opfer von Vergewaltigungen</p>
--	--	---	--	--	---	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	CDU	SPD	AfD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
---	------------	------------	------------	------------	------------------	-------------------------------

		<p>und Demokratieförderung sowie zum Schutz von Menschenrechten einnimmt. (Seite 55)</p> <p>(...) Friedensprozesse sind nur dann nachhaltig, wenn die Belange und Interessen von Frauen stärker berücksichtigt und wenn sie an Aushandlungsprozessen beteiligt werden. Deshalb fordern wir, dass die VN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ konsequent umgesetzt und weiterentwickelt wird. Es gilt auf allen Ebenen der Anti-Genderbewegung entgegenzutreten. (Seite 63)</p>		<p>und Justiz müssen nach gemeinsamen Standards aus- und weitergebildet werden. Wir setzen uns für einen bedarfsgerechten Ausbau von Frauenhausplätzen, eine bundesweit einheitliche Finanzierung sowie ein nationales Online-Register ein. Informationen über Hilfsangebote zu häuslicher Gewalt sollen standardmäßig beim Besuch der Frauenärztin oder des Frauenarztes zur Verfügung gestellt werden. Außerdem wollen wir eine besser ausgebaut und institutionalisierte präventive und sowie repressive Täter- und Täterinnenarbeit. (Seite 52)</p> <p>Der Nationale Aktionsplan „Frauen, Frieden, Sicherheit“ und die entsprechende Resolution 1325 der Vereinten Nationen (VN) müssen ambitioniert umgesetzt werden. Weltweit werden Krisen und Konflikte in den kommenden Jahren zunehmen. Vor allem Kinder, ältere Menschen und Frauen sind in diesen Situationen besonders betroffen. Sexualisierte Gewalt wird systematisch als Kriegswaffe eingesetzt. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass diese Form der Kriegsfüh-</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Staatliche Behörden wie Polizei, Gerichte und Ämter sowie medizinisches Personal müssen für das Thema Gewalt gegen Frauen – auch in digitaler Form – sensibilisiert werden. • Geflüchtete Frauen erleben häufig sexualisierte Gewalt, nicht nur im Herkunftsland und auf der Flucht, sondern auch im Zufluchtsland. Im Fall von Partnerschaftsgewalt muss das bisher vom Ehemann abhängige Aufenthaltsrecht aufgehoben und in einen eigenständigen Aufenthaltstitel umgewandelt werden. • Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft bekämpfen, ohne die Betroffenen zu kriminalisieren und zu stigmatisieren (...). • Alle Formen von Gewalt und Gewaltverherrlichung gegen Frauen, Kinder und LSBTIQ* konsequent ahnden. (Seiten 100 – 101) <p>Wir fordern die Anwendung ziviler Maßnahmen der Gewaltprävention und Konfliktlösung. Deutsche Außen-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik muss</p>	<p>brauchen eine flächendeckende qualifizierte Notfallversorgung einschließlich anonymer Spurensicherung und der Pille danach. Angebote für psychosoziale Prozessbegleitung sollen gestärkt werden. Wir werden Monitoringstellen einrichten und die getroffenen Maßnahmen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit prüfen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen ohne Angst verschieden sein können. (Seite 96)</p> <p>Lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen sollen selbstbestimmt und diskriminierungsfrei ihr Leben leben können. Dafür und gegen gesetzliche Diskriminierungen sowie Benachteiligungen und Anfeindungen im Alltag werden wir ein starkes Signal setzen und den Schutz von Menschen aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität durch die Ergänzung des Artikels 3 Absatz 3 des Grundgesetzes sicherstellen. Wir werden gemeinsam mit den Organisationen der Community einen bundesweiten ressortübergreifenden Aktionsplan 98</p>
--	--	---	--	--	--	---

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.

	<p style="text-align: center;">CDU</p>	<p style="text-align: center;">SPD</p>	<p style="text-align: center;">AfD</p>	<p style="text-align: center;">FDP</p>	<p style="text-align: center;">DIE LINKE</p>	<p style="text-align: center;">BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p>
---	---	---	---	---	---	--

				<p> rung geächtet wird und Vertragsstaaten sowohl die VN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) als auch die Istanbul-Konvention einhalten und umsetzen. (Seite 73) </p> <p> Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass Frauen weltweit eine elementare Rolle in der internationalen Friedenssicherung, Streit-schlichtung und Krisenprä-vention spielen. Wir wollen deshalb die Position von Frauen in der Krisen- und Konfliktbewältigung stärken. Daher fordern wir eine stärkere Anstrengung bei der Positionierung von Frauen in Schlüssel- und Führungspositionen bei der UNO, der EU und im Bund. (Seite 73) </p>	<p> Friedenspolitik und Geschlechtergerechtigkeit weltweit voranbringen. Die UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ muss umgesetzt werden. (Seite 101) </p> <p> Gewalt stoppen - Opfer schützen! Um die Gewalt gegen Frauen und Kinder zu bekämpfen braucht es endlich eine Vollfinanzierung von Frauenberatungsstellen und -notrufen, ausreichend Frauenhausplätze und Präventionsprogramme für gewalttätige Männer. (Seite 133) </p>	<p> „Vielfalt leben!“ für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vorlegen mit dem Ziel, LSBTIQ* gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu garantieren um die Akzeptanz von Vielfalt zu fördern. (Seite 98) </p> <p> Es gilt die Umsetzung der Agenda 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ innerhalb Deutschlands wie international voranzutreiben, sexualisierte und genderbasierte Gewalt entschieden einzudämmen, die reproduktiven Rechte von Frauen zu schützen und die Sicherheit und Partizipation von Frauen und Mädchen in der Prävention, bei der Transformation von Konflikten und in Stabilisierungsprozessen in den Fokus zu nehmen. Geschlechterbildern, die sich nachteilig auf Frieden, Sicherheit und Entwicklung auswirken, möchten wir entgegenwirken. (Seite 126) </p>
--	--	--	--	---	---	--

Rechtlicher Hinweis: FidAR hat sich bei der Auswahl der Passagen aus den Wahlprogrammen um größtmögliche Sorgfalt bemüht, haftet allerdings nicht für dessen Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit.
 Hinweis zur Reihenfolge der Parteien: beginnend mit den Regierungsparteien, gefolgt von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind nach Mandatsstärke.